5. GERMAN VERSION

FRIEDEN IN WAHRHEIT UND GERECHTIGKEIT ZWISCHEN DER UKRAINE UND RUSSLAND

Eingereicht an die Präsidenten Putin, Zelensky, Trump und andere Regierungschefs und viele Zeitschriften und Zeitungen in verschiedenen Sprachen von Professor Dr. phil. habil. Dr. h.c. Josef Maria Seifert.[6]

PRÄAMBEL

In dem Bewusstsein, dass es höchste Zeit und ein Anliegen Tausender und Abertausender ukrainischer und russischer Familien, ja der gesamten Menschheit ist, die Geißel des nunmehr drei Jahre währenden schrecklichen Krieges zwischen Russland und der Ukraine und des elfjährigen Bürgerkrieges in der Ukraine zwischen Regierungstruppen und den selbsternannten unabhängigen Republiken Donezk und Luhansk zu beenden, wird hier nach so vielen gescheiterten Friedensplänen ein weiterer vorgeschlagen.

Dieser Friedensplan basiert weder auf Macht und Zwang, die Ukraine zu zwingen, Russland Gebiete zu überlassen, die ihr rechtmäßig gehören, noch auf ideologischen Interpretationen der Geschichte und ihrer Ziele, sondern allein auf Wahrheit und Gerechtigkeit.

Möge sich meine Hoffnung erfüllen, dass dieser Friedensplan von allen drei Parteien, die diesen Krieg zwischen zwei brüderlichen Völkern führen, auf der Grundlage der festen und philosophisch gut durchdachten ethischen und logischen Grundlage, auf der er steht, akzeptiert wird.

Der nachstehende Text des Friedensabkommens schlägt ein Friedensabkommen in zwei sehr unterschiedlichen Kriegen vor, die jedoch seit 2022 miteinander verwoben sind: Zum einen der Bürgerkrieg, der seit 11 Jahren in der Ukraine tobt (2014-), zum anderen und vor allem der Krieg zwischen Russland und der Ukraine (2022-). Bei diesem größeren Krieg handelt es sich nicht um einen rein lokalen, sondern um einen internationalen Krieg, der sich zu einem Weltkrieg ausweiten könnte. Daher ist ein Frieden, der diesen Krieg beendet, im Interesse der ganzen Welt.

Ein gerechter Friede kann nur dann vorgeschlagen werden, wenn zunächst die Wahrheit über Recht und Unrecht in diesen beiden Kriegen bekannt ist[i].

GERECHTER FRIEDENSVERTRAG ZWISCHEN RUSSLAND UND DER UKRAINE

Friedensvertrag zwischen der Ukraine und Russland
§ 1

[6] Zuvor Lehrtätigkeit als Professor für Philosophie an der Universität Salzburg, der University of Dallas, TX, der Universität München (LMU), der Päpstlichen Universität von Chile in Santiago de Chile, der Internationalen Akademie für Philosophie im Fürstentum Liechtenstein - Gründungsrektor (IAP, IAP-PUC, Santiago de Chile, IAP-Ifes - Instituto de Filosofía Edith Stein, Granada, Spanien), derzeit Privatdozent/Senior Lecturer an der Universität München, Deutschland, und am Dietrich von Hildebrand Institut für Philosophie und Realistische Phänomenologieforschung, GSA, Österreich.

Unterscheidung zwischen gerechten und ungerechten Elementen und Kriegszielen Russlands und der Ukraine und eine allgemeine Skizze, wie ein gerechter Frieden zwischen Russland und der Ukraine aussehen würde

Da der Bürgerkrieg in der Ukraine dem russisch-ukrainischen Krieg vorausging und ihm in gewisser Weise zugrunde liegt, müssen zunächst seine Ziele und die in ihm angewandte Kriegsführung untersucht werden.

I. GERECHTE UND UNGERECHTE UKRAINISCHE KRIEGSZIELE

1. Die heroische Selbstverteidigung der Ukraine gegen die russische Aggression und gegen die Absicht, die Ukraine zu einem Teil Russlands zu machen, ist zweifellos ein völlig legitimes Ziel des ukrainischen Krieges seit 2022.

2. Das Ziel des Krieges der ukrainischen Regierung gegen die Provinzen, die nach Unabhängigkeit strebten und diese bereits erklärt hatten, ist die Verhinderung der Abspaltung und der Zwang, in der Ukraine zu bleiben.

A. In Übereinstimmung mit dem positiven, vom Menschen geschaffenen Recht des ukrainischen Verfassungstextes, der keine Unabhängigkeit und schon gar nicht die Abspaltung seiner Oblaste vorsieht, ist dieses Kriegsziel gerecht.

B. Es gibt jedoch ein grundlegendes menschliches und natürliches Recht auf Unabhängigkeit, das dem positiven Recht vorausgeht und von diesem unabhängig ist, und zwar sowohl für jede einzelne Person als auch für einzelne Provinzen, kleinere Bevölkerungseinheiten und kulturell, sprachlich und politisch unterschiedliche Gebiete. Dieses Recht einer bestimmten Mehrheit auf Unabhängigkeit ist nicht nur ein Naturrecht, sondern wird auch im Völkerrecht und von den Vereinten Nationen klar und uneingeschränkt anerkannt; dies gilt nicht für das Recht auf Sezession.

Gegen Versuche, das Recht auf Unabhängigkeit von dem auf Sezession zu trennen, sehen wir jedoch: Das Recht auf Unabhängigkeit ist untrennbar mit dem Recht auf Sezession verbunden. Wie hätten die britischen Kolonien in Nordamerika 1776 unabhängig werden und die USA bilden können, ohne sich von Großbritannien zu trennen? Wie kann eine Provinz oder Kolonie Unabhängigkeit und Staatlichkeit erlangen, ohne sich von ihrem Heimatland oder ihrer Kolonialmacht zu trennen?

C. Provinzen und andere Gemeinschaften haben aufgrund der Personalität jedes ihrer Mitglieder das natürliche Recht auf Unabhängigkeit und, als logische Konsequenz daraus, das Recht, sich von ihrem Heimatstaat zu trennen.

D. Donezk und Luhansk wollten diese Rechte auf der Grundlage von zwei Referenden ausüben.[ii]

(Selbst wenn es begründete Zweifel an der Richtigkeit des Quorums und der korrekten Auszählung der Mehrheitsstimmen für die Unabhängigkeit von Donezk und Luhansk gäbe, wurde die Tatsache, dass eine beeindruckende Mehrheit der lokalen Bevölkerung für die Autonomie eintrat, nicht einmal von der ukrainischen Regierung in Frage gestellt; darüber hinaus wäre eine Wiederholung der Referenden oder eine Überprüfung des Wahrheitsgehalts dieser historischen Fakten äußerst kostspielig und sogar unmöglich, da viele Ukrainer den Donbass inzwischen wegen des Krieges verlassen haben. Der vorliegende Abkommensentwurf, der einem schnellen, gerechten und zugleich realen und nicht imaginären, sondern realisierbaren Frieden dienen soll, geht daher aus triftigen Gründen von der Existenz solcher Referenden mit einer großen Mehrheit für die Abspaltung aus).

Daher ist der Krieg der ukrainischen Regierung gegen die Abspaltung von Donezk und Luhansk und gegen die Ausübung ihres Rechts auf Unabhängigkeit aus völkerrechtlicher Sicht und noch mehr aus rein naturrechtlicher Sicht ungerecht.

E. Folglich ist die Verteidigung ihres Rechts auf Unabhängigkeit und Sezession durch die kriegführenden Provinzen ein gerechter Krieg. Ebenso ist der Krieg der ukrainischen Regierung seit September 2022 gegen die Unabhängigkeit und Sezession dieser Provinzen eine ungerechte Aggression.

II. UNGERECHTE UND GERECHTE RUSSISCHE KRIEGSZIELE

Putin hat eine Reihe von sehr unterschiedlichen Kriegszielen für seinen Krieg gegen die Ukraine genannt: *Militärische Unterstützung für die selbsterklärten unabhängigen Republiken Donezk und Luhansk.*

Angesichts der Ungerechtigkeit des ukrainischen Kampfes gegen die Unabhängigkeit und Abspaltung von Donezk und Luhansk ist auch Russlands erstes Kriegsziel im Russisch-Ukrainischen Krieg gerecht. Unter der Voraussetzung, dass dieses Referendum wirklich dem Willen einer ausreichenden Mehrheit der Bürger von Donezk und Luhansk entsprach, schließt die Gerechtigkeit der russischen Verteidigung von deren Rechten auf Unabhängigkeit auch die auf der Mehrheitsentscheidung der Bevölkerung der beiden Provinzen und der Einladung Russlands beruhende Eingliederung der beiden unabhängigen Republiken von Donezk und Luhansk in Russland ein. (Auch die Regionen Saporischschja und Cherson, die sich zuvor nicht zu unabhängigen Republiken erklärt hatten, haben unter Berufung auf ihr Recht auf Unabhängigkeit und Abspaltung im September 2022 mit großer Mehrheit für den Anschluss an Russland gestimmt).

Ein gerechter Frieden zwischen der ukrainischen Regierung und den Provinzen Donezk und Luhansk sowie zwischen Russland und der Ukraine erfordert daher die sofortige Beendigung des von der ukrainischen Regierung gegen die genannten Provinzen geführten Krieges und einen ernsthaften Versuch der Wiedergutmachung und Entschädigung für den Schaden, der diesen Provinzen und den russischen Soldaten, die ihre Rechte verteidigt haben, zugefügt wurde.

Ein zweites Kriegsziel Russlands, das Putin in seiner langen Rede vor Beginn der "militärischen Operation" formulierte, war die "Entnazifizierung" und "Entwaffnung" der Ukraine. Nun gibt es zwei mögliche Interpretationen dessen, was Putin mit der "Entnazifizierung" der Ukraine meinte, die er beseitigen will:

Zum einen könnte er sich auf einige echte neonazistische Erklärungen, einschließlich Pro-Hitler-Parolen, beziehen, die in einigen ukrainischen Kreisen tatsächlich existieren und die er für so weit verbreitet und gefährlich hält, dass sie eine ernsthafte Gefahr für das russische Nachbarland darstellen, Juden zu unterdrücken oder sogar einen neuen Holocaust zu begehen.

Allerdings sind die nationalsozialistischen Elemente im wörtlichen Sinne in der Ukraine zu gering und zu einflusslos (weniger als 2 %), um einen Krieg zu rechtfertigen.

Eine andere Interpretation der angeblichen "Nazifizierung" der Ukraine wäre, dass Putin einen Vergleich zwischen Formen der Unterdrückung der russischen Kultur und Sprache in der russischsprachigen Bevölkerung der Ukraine und der Verachtung und Beschreibung der Juden durch die Nazis ziehen wollte.

In dieser Hinsicht besteht kein Zweifel daran, dass bestimmte Reden früherer ukrainischer Präsidenten über die Separatisten (z. B. die Bezeichnung als Ungeziefer, das ausgerottet werden sollte) eine naziähnliche und verabscheuungswürdige antirussische Sprache enthielten, die an Hitlers grässliche Reden über die Juden erinnerte.

Selbst die viel größere Flut von naziähnlichen, antirussischen Reden und Haltungen haben jedoch unter dem derzeitigen Regime von Zelensky nicht ein solches Ausmaß, dass sie einen Krieg rechtfertigen könnten. Daher wäre ein Krieg gegen die Nazifizierung der Ukraine mit ausschließlich diesem Ziel, so scheint es zumindest, ungerecht(er).

Kurz vor dem Einmarsch Russlands in die Ukraine erwähnte Putin in seiner langen programmatischen Rede ein drittes Kriegsziel, das weltweit Empörung ausgelöst hat. Dieses dritte Kriegsziel wurde von Putin als auf einer historischen Wahrheit beruhend dargestellt: Die Ukraine war historisch gesehen die Wiege und der Ursprung Russlands in Kiew, war Teil des ehemaligen Zarenreichs und der Sowjetunion und ist ein Land, das zu einem ziemlich großen Teil von russischsprachigen oder zweisprachigen Bürgern bevölkert wird.[iii]

Ausgehend von diesen Fakten konstruierte Putin unter Hinzufügung zahlreicher weiterer Prämissen eine Rechtfertigung für sein drittes Kriegsziel: Der Ukraine, so behauptete er, sei wie anderen ehemaligen Sowjetrepubliken von der ehemaligen Sowjetregierung Selbstbestimmung und Sezession nur aufgrund eines tragischen Irrtums über die historisch begründete wahre Identität der Ukraine gewährt worden, die russisch ist. Daher hat Russland das Recht, ja die heilige Mission, diesen historischen Irrtum zu korrigieren und rückgängig zu machen sowie den schockierenden Triumph westlicher Unmoral auszurotten, der sich in vielen Formen manifestiert, einschließlich der in der Ukraine genehmigten, in Russland jedoch strafbaren Prideparaden[iv] (Insbesondere der letztgenannte Aspekt veranlasste den Patriarchen Kyrill von der orthodoxen Kirche in Moskau, Putins Krieg gegen die Ukraine als "heilig" zu bezeichnen).

Ausgehend von der Vorstellung eines heiligen Krieges Putins, eines Mannes, der sich kaum als heiliger Kämpfer gegen eine moralisch böse Gesellschaft qualifiziert (von der Art göttlich befohlener Kriege wie die im Alten Testament beschriebenen Kriege), basiert das russische Kriegsziel der Eroberung der gesamten Ukraine und der Rückgängigmachung ihrer Unabhängigkeit und Abspaltung seit 1991, weitgehend auf einer Ideologie, die weder das rechtlich und ethisch verbindliche Recht der Ukraine auf Selbstbestimmung und Sezession, noch die von der Sowjetunion selbst ausdrücklich zugestandene Eigenstaatlichkeit der Ukraine anerkennt, um einen Expansionskrieg zu rechtfertigen, der den früheren russischen Verpflichtungen, dem positiven Völkerrecht sowie dem ewigen Naturrecht widerspricht.

Daher müsste jeder gerechte Friedensvertrag einen verbindlichen und international überwachten Verzicht Russlands auf solche hegemonialen Ambitionen und territorialen Ansprüche auf Teile oder die gesamte Ukraine beinhalten, denn ein Krieg, der auf diesem Kriegsziel beruht, ist von Natur aus höchst ungerecht.

Friedensvertrag zwischen der Ukraine und Russland

§ 2

Anerkennung von gerechter und ungerechter Kriegsführung im Krieg zwischen Russland und der Ukraine

Gerechtigkeit und Ungerechtigkeit eines Krieges hängen nicht nur von den Kriegszielen ab, sondern ebenso von der Einhaltung oder Verletzung einer Ethik der Kriegsführung. Daher kann ein Krieg die besten Ziele haben, aber wenn er Mittel des "totalen Krieges" einsetzt, Zivilisten tötet, Krankenhäuser und Schulen zerstört, Vergewaltigungen als Mittel zur Demütigung des Feindes einsetzt, ist ein solcher Krieg völlig ungerecht.

Zahlreiche Kriegsverbrechen wurden von internationalen Beobachtern auf beiden Seiten des russisch-ukrainischen Krieges dokumentiert.

Ein gerechter Frieden zwischen Russland und der Ukraine erfordert daher auch einen ernsthaften Versuch der Wiedergutmachung und Entschädigung für die Schäden, die durch ungerechte und kriminelle Kriegshandlungen einer der beiden Parteien entstanden sind.

Friedensvertrag zwischen der Ukraine und Russland
§ 3
Die Ukraine erkennt die Selbstbestimmung und Abspaltung der Oblaste Donezk, Luhansk, Saporischschja und Cherson *sowie deren Abspaltung von Russland an*

Die Ukraine erkennt die Unabhängigkeit und Abspaltung von Donezk und Luhansk sowie der Oblaste Saporischschja und Cherson an, die sich am 30. September 2022 nach zwei weiteren Referenden mit überwältigender Mehrheit Russland anschlossen.

Selbst für den Fall, dass diese Rechte nicht auf der Grundlage des Naturrechts auf Unabhängigkeit bestehen (wie im vorliegenden Vertrag angenommen), sondern dass diese vier Provinzen die Sezession an Russland unrechtmäßig vollzogen haben (wie es die Verfassung der Ukraine impliziert), erkennt die Ukraine den Übergang der genannten Provinzen an Russland als eine historische Tatsache an, die von der Ukraine nicht gewaltsam rückgängig gemacht werden kann. Eine solidere Grundlage des Friedensvertrags zwischen Russland und der Ukraine fordert jedoch, die Abspaltung dieser vier Provinzen nicht nur als unumkehrbare politische Realität, sondern auch als Folge einer legitimen Ausübung ihrer Rechte auf Autonomie und Abspaltung anzuerkennen.

Daher verzichtet die Ukraine ein für alle Mal auf jeden Versuch, diese vier Oblaste zurückzuerobern.

Friedensvertrag zwischen der Ukraine und Russland
§ 4
Die Ukraine akzeptiert die Annexion der Krim durch Russland im Jahr 2014, obwohl sie auf einem Referendum beruhte, das nur von Russland und einigen anderen Ländern als legal, in den Augen der Ukraine und einiger Kritiker jedoch als illegal und ungültig angesehen wurde.

Die Ukraine erkennt auch die Übergabe der Krim an Russland als Ergebnis der Ausübung ihres Rechts auf Sezession an, das Teil und logische Folge des Selbstbestimmungsrechts ihrer Einwohner ist.

Selbst wenn dieser Schritt nicht durch ein gültiges (von der Ukraine verweigertes) Referendum auf der Krim, das von der ukrainischen Provinzregierung organisiert wurde, erforderlich wäre, erfordert die reale politische Situation im Sinne jener Kompromisse, ohne die kein Frieden auf Erden erreicht werden kann, § 4 dieses Friedensabkommens.

Friedensvertrag zwischen der Ukraine und Russland
§ 5
Russland erkennt die neu festgelegten Grenzen zur Ukraine an. Daher gibt Russland alle eroberten Teile des ukrainischen Territoriums außerhalb der fünf Oblaste an die Ukraine zurück. Im Gegenzug erkennt die Ukraine die territoriale Integrität Russlands an und gibt daher alle Teile Russlands zurück, insbesondere in der Region Kursk, die sie gegenwärtig kontrolliert.

Daher zieht Russland seine Truppen aus allen Teilen des ukrainischen Hoheitsgebiets außerhalb der fünf Oblaste ab. Unter Widerruf früherer Zusagen von Zelensky zieht auch die Ukraine alle ihre Truppen aus dem ehemaligen und neu hinzugekommenen russischen Hoheitsgebiet ab.

Friedensvertrag zwischen der Ukraine und Russland

§ 6

Gegenseitiger feierlicher und unwiderruflicher Beschluss und Pakt, die Souveränität des Nachbarstaates und die Unverletzlichkeit der neu errichteten Grenzen zu respektieren und von allen Plänen der Eroberung, Rückeroberung oder sonstigen Eingriffen in die Souveränität und territoriale Integrität des Nachbarlandes Abstand zu nehmen.

In Anbetracht der früheren Pläne und Reden Putins und seines dritten Kriegsziels muss seine Zustimmung zu diesem Punkt den Charakter einer feierlichen, verbindlichen und unwiderruflichen Erklärung Russlands (durch Putin) tragen. Parallel zu diesem Schritt wird die Ukraine auf jeden Versuch verzichten, die Krim oder die Provinzen Donezk und Luhansk zurückzuerobern sowie weitere Angriffe auf russisches Territorium zu unternehmen.

Friedensvertrag zwischen der Ukraine und Russland

§ 7

Ukrainische Anerkennung des Rechts auf Unabhängigkeit und Sezession aller ukrainischen Oblaste

Ein dauerhafter und gerechter Frieden zwischen den beiden Bürgerkriegsparteien (Regierung und Provinzen) und - aufgrund der Verflechtung beider Kriege - zwischen der Ukraine und Russland erfordert darüber hinaus nicht nur die ausdrückliche ukrainische Anerkennung der Rechte auf, oder zumindest der Tatsache der, Unabhängigkeit und Sezession der Oblaste Donezk und Luhansk sowie Saporischschja und Cherson, sondern aller ukrainischen Oblaste. Idealerweise würde dies durch eine Änderung der ukrainischen Verfassung nach dem Vorbild der EU und Liechtensteins geschehen, wodurch die Rechte der Oblaste Donezk, Luhansk sowie Saporischschja und Cherson auf Unabhängigkeit und Sezession verfassungsmäßig bestätigt und eine feste Rechtsgrundlage im positiven Recht (in der Verfassung) erhielten.[v]

Friedensvertrag zwischen der Ukraine und Russland

§ 8

Rückgabe aller von Russland eroberten Gebiete außerhalb der fünf genannten Oblaste an die Ukraine, Abzug aller russischen Truppen aus allen Teilen der Ukraine außerhalb der Provinzen Krim, Donezk, Luhansk, Saporischschja und *Cherson*

Die Staatlichkeit der Ukraine und die Unverletzlichkeit ihrer Grenzen sowie das Selbstbestimmungsrecht aller ihrer Provinzen erfordern die sofortige und vollständige Rückgabe aller von Russland eroberten Gebiete und Städte außerhalb von Donezk, Luhansk, Saporischschja, Cherson und der Krim an die Ukraine, d.h. in Provinzen, die nie für die Unabhängigkeit und/oder Abspaltung gestimmt haben, aber nach der russischen Invasion ebenfalls von Russland besetzt wurden. Diese Eroberungen müssen als ungerecht anerkannt werden und sollten rückgängig gemacht werden.

Gleichzeitig wird die Ukraine alle von ihr eroberten Gebiete in der Region Kursk oder anderen Gebieten oder Orten in Russland aufgeben.

Friedensvertrag zwischen der Ukraine und Russland

§ 9

Die Ukraine zieht ihren Antrag auf NATO-Mitgliedschaft auf unbestimmte Zeit zurück.

In Anbetracht der Zusicherung einiger NATO-Vertreter, insbesondere des deutschen Außenministers Genscher ( ),[vi] vor der Auflösung der Sowjetunion, die NATO nicht nach Osten zu erweitern, zieht die Ukraine, vorbehaltlich der Unterzeichnung des hier

vorgeschlagenen Friedensvertrags durch Russland, ihren Antrag auf NATO-Mitgliedschaft auf unbestimmte Zeit zurück.

Sie unternimmt diesen Schritt auch in Anbetracht der überwältigenden Unterstützung, die sie während ihres gegenwärtigen Krieges faktisch von den NATO-Staaten erhalten hat. Eine sorgfältige Prüfung dieser Tatsachen gibt der Ukraine die Gewissheit, dass ihre Interessen und Rechte in der Weltgemeinschaft auf dem Boden einer weitreichenden und bewährten internationalen Solidarität im Rahmen eines Neutralitätsstatus ähnlich dem der Schweiz und Österreichs gesichert werden können.

Friedensvertrag zwischen der Ukraine und Russland
§ 10
Waffenstillstand und Beginn von Gesprächen zwischen Russland und der Ukraine

Ein sofortiger und strikt einzuhaltender Waffenstillstand und die Aufnahme von Gesprächen über die Einzelheiten und Folgen des Friedensvertrags sollten dem endgültigen Friedensabkommen vorausgehen und möglichst sofort mit der Teilnahme der USA und der NATO an den Friedensgesprächen beginnen.

Friedensvertrag zwischen der Ukraine und Russland
§ 11

Sowohl die Ukraine als auch Russland geben ungerechte Handlungen zu, durch die der Krieg ausgebrochen ist, und bedauern diese Handlungen und geben sie auf, bzw. streben pm begrenzten Rahmen des Möglichen die Beseitigung und Wiedergutmachung der durch sie entstandenen Übel an.

Wer ist der ungerechte Aggressor im russisch-ukrainischen Krieg?

Die Antwort auf diese Frage schien bis vor kurzem völlig klar zu sein: Natürlich Russland: zum einen, weil seine Annexion der Krim aus heiterem Himmel den Krieg im Donbass ausgelöst hat, und zum anderen, weil Russland 2022 in die Ukraine einmarschiert ist und einen langen Angriffskrieg begonnen hat, der fälschlicherweise als kurze Militäroperation dargestellt wurde.

Das offizielle ukrainische Narrativ, das Zelensky nach seinem hitzigen Disput mit Trump und Vance im Oval Office am 28. Februar 2025 wiederholte, lautet, dass es nie einen Bürgerkrieg gegeben hat, in dem sich die einheimische Bevölkerung von Donezk und Luhansk für die Unabhängigkeit entschieden hätte, sondern dass diese ganze Separatistenbewegung nur von Russland organisiert und manipuliert wurde. Wenn dies wahr wäre, hätte die ukrainische Regierung immer einen Verteidigungskrieg gegen Russland geführt, niemals einen Krieg gegen ihre eigenen Bürger. Für diese Behauptung, deren Wahrheit Russland zum alleinigen Aggressor und Initiator des Krieges machen würde, führt die Ukraine einige schwache Argumente an, wie etwa, dass Russen in Donezk auf Seiten der Separatisten kämpften[vii.]

Im Gegensatz dazu sind die Argumente, dass diese Unabhängigkeitsbewegung in den Provinzen selbst entstanden ist, überwältigend stark[viii].

Auch eine genauere Betrachtung von Trumps jüngstem Vorwurf an Zelensky, die Ukraine habe den Krieg begonnen, lässt einige Zweifel an der Behauptung aufkommen, Russland sei der eindeutige und alleinige Initiator des 2022 begonnenen Krieges, denn diese Behauptung Trumps ist keineswegs so absurd und lächerlich, wie sie der Weltpresse erschien:

Zunächst einmal war die Annexion der Krim keine gewaltsame Kriegshandlung, sondern eine unblutige Aktion, die auf der Grundlage eines Referendums stattfand, das

von lokalen ukrainischen Krim-Regierungsbeamten im März 2014 durchgeführt wurde und bei dem angeblich 90 % der Stimmen für die Abspaltung der Krim und die Eingliederung in Russland stimmten, ein Ziel, das kurz darauf auch von der Duma ratifiziert wurde[ix].

Das Vorgehen der ukrainischen Regierung gegen die von Russland unterstützten separatistischen Abspaltungsbestrebungen in Donezk führte 2014 zu einem blutigen Bürgerkrieg , der 2022 in den Krieg zwischen Russland und der Ukraine überging.
Daher tragen sowohl die Ukraine als auch Russland eine erhebliche Verantwortung für den Beginn des russisch-ukrainischen Krieges.

Was die Frage nach dem Auslöser des russisch-ukrainischen Krieges betrifft, so ist klar, dass die Ukraine den Bürgerkrieg gegen ihre autonomen Provinzen begonnen hat, der eine der Hauptursachen für den russisch-ukrainischen Krieg war.

Andererseits war und ist die russische Invasion, soweit sie weit über eine Unterstützung der nach Autonomie strebenden Provinzen hinausging und sich bis nach Kiew ausdehnte und im Zentrum der Ukraine entsetzliche Kriegsverbrechen beging, eindeutig ein russischer Angriffskrieg. Ein gerechter Frieden setzt voraus, dass Russland diesen ungerechten Krieg vollständig und unter internationaler Kontrolle aufgibt und alle seine Truppen aus den ukrainischen Regionen außerhalb der fünf Regionen abzieht.

Nachdem so viel über den etwas verworrenen Beginn des ersten (Bürger-)Krieges zwischen Regierung und Oblasten (und damit auch des zweiten russisch-ukrainischen Krieges, der aus dem ersten hervorging) und die russische Unterstützung der Provinzen, die eines der von Putin genannten Kriegsziele ist, gesagt wurde, wenden wir uns dem Krieg zu, da der russische Angriff auf die Ukraine Putins drittes Ziel verfolgt, die Eroberung der Ukraine. Dieser Krieg mit diesem Ziel wurde zweifellos einzig und allein von Russland angezettelt und verwandelte den Krieg zur Verteidigung von zwei (und seit September 2022 vier) Gebieten in einen umfassenden und ungerechten Expansionskrieg.

Friedensvertrag zwischen der Ukraine und Russland
§ 12
Ein ernsthafter Wille, eine "Kultur des Friedens" zu fördern

Beide Länder verpflichten sich, auf alle Elemente der Feindseligkeit und gegenseitigen Schädigung in den Bereichen Kultur, Sport und Wirtschaft zu verzichten und stattdessen den schwierigen Kampf für eine "Kultur des Friedens" und eine "Kultur der Freundschaft und Brüderlichkeit" aufzunehmen und zu fördern.

Friedensvertrag zwischen der Ukraine und Russland
§ 13
Gewährleistung von Sicherheit und Freiheit für ethnische, sprachliche, kulturelle und religiöse Gemeinschaften und Gruppen

Weder die Ukraine noch Russland werden ethnische oder religiöse Gruppen auf ihrem Territorium unterdrücken und damit die Friedensbemühungen destabilisieren.

Friedensvertrag zwischen der Ukraine und Russland
§ 14
Russland und die Ukraine bekräftigen feierlich und unwiderruflich ihre Zustimmung zu allen Punkten dieses Friedensvertrags

Russland und die Ukraine bekräftigen feierlich und unwiderruflich, dass sie alle Punkte dieses Friedensvertrags akzeptieren und von jedem Versuch Abstand nehmen

werden, die neuen ukrainischen Grenzen durch Eroberungskriege und militärische Interventionen oder Vergeltungsmaßnahmen weiter zu verändern.

Friedensvertrag zwischen der Ukraine und Russland
§ 15
Internationale Überwachung der strikten Einhaltung aller Teile des Friedensvertrags und deren Überprüfung.

Friedensvertrag zwischen der Ukraine und Russland
§ 16
Mit der Unterstützung vieler Nationen werden die Sanktionen gegen Russland nach der Unterzeichnung und Einhaltung des Friedensvertrags aufgehoben.

Alle Länder, die Sanktionen gegen Russland verhängt haben, werden nach der Unterzeichnung dieses Friedensvertrags durch Putin und unter der Bedingung, dass Russland den Vertrag vollständig einhält, alle Sanktionen gegen Russland aufheben.

Diese Sanktionen werden jedoch wieder in Kraft gesetzt und aufrechterhalten, wenn und sobald Russland sich nicht an alle Bedingungen dieses Friedenspakts hält.

Unterschriften von Putin, Zelensky, Vertretern der NATO, Vertretern aller Länder, die Sanktionen gegen Russland verhängt haben.

---

[i] Auf Anfrage bei jmmbseifert12@gmail.com kann der vollständige Text der beiden Friedensvorschläge mit weiteren Kommentaren und Argumenten für jeden Artikel des vorgeschlagenen Friedensvertrags angefordert werden.

[ii] Die Referenden über die Abspaltung in Donezk und Luhansk fanden am 11. Mai 2014 statt. Diese Referenden wurden von prorussischen Separatisten in der Donezker Volksrepublik (DVR) und der Luhansker Volksrepublik (LPR) nach der ukrainischen Revolution 2014 und der Annexion der Krim durch Russland organisiert.

Die offizielle Frage auf dem Stimmzettel lautete, ob die Wähler die "staatliche Unabhängigkeit" ihrer jeweiligen Region unterstützen. Nach Angaben der Organisatoren zeigten die Ergebnisse eine überwältigende Mehrheit für die Sezession.

[iii] Man denke zum Beispiel an den großen ukrainischen Autor von Taras Bulba, der in seiner ukrainischen Muttersprache erschien, Nikolai Gogol, dessen russische Werke "Der Mantel" und "Tote Seelen" zu den bahnbrechenden Werken der großen russischen Literatur des 19. Jahrhunderts gehören.

[iv] In der Ukraine werden LGBTQ+-Pride paraden abgehalten und genehmigt, während sie in Russland generell verboten sind.

Die Ukraine hat sich allmählich in Richtung größerer Toleranz und rechtlicher Anerkennung von LGBTQ-Rechten bewegt, insbesondere nach 2014, als das Land begann, sich stärker an die liberalsten ethischen Standards der EU anzupassen. Zwar gibt es immer noch sozialen Widerstand und gelegentliche Gegenproteste, aber in Großstädten wie Kiew, Charkiw und Odesa wurden bereits Prideparaden abgehalten.

Der Kyiv Pride ist die größte Veranstaltung und findet seit 2013 jährlich statt (außer in Kriegszeiten). Sie steht unter Polizeischutz, und die ukrainischen Behörden haben die Rechte von LGBTQ+ im Rahmen der europäischen Integration schrittweise unterstützt.

In einigen Städten haben sich die Behörden aus Sicherheitsgründen geweigert, Paraden zuzulassen, aber im Allgemeinen verbietet sie die Ukraine nicht gänzlich.

In Russland sind LGBTQ+-Veranstaltungen aufgrund von Gesetzen wie diesem praktisch verboten:

Das "Schwulenpropaganda"-Gesetz aus dem Jahr 2013, das die Werbung für "nicht-traditionelle sexuelle Beziehungen" bei Minderjährigen verbietet, erschwert die Durchführung öffentlicher LGBTQ+-Veranstaltungen.

Die Erweiterung des Gesetzes aus dem Jahr 2022 kriminalisiert jede positive Darstellung oder Förderung von LGBTQ+-Identitäten in der Öffentlichkeit, den Medien und der Werbung. Die russischen Behörden verweigern routinemäßig Genehmigungen für Demonstrationen, und Versuche, diese abzuhalten, führen häufig zu Verhaftungen und Razzien durch die Polizei.

Hauptunterschiede

In der Ukraine sind trotz anhaltender sozialer Probleme LGBTQ+-Paraden im Rahmen demokratischer Freiheiten erlaubt, während in Russland strenge Verbote und rechtliche Verfolgung von LGBTQ+-Aktivismus gelten.

[Die Erlaubnis zur Sezession von Mitgliedsstaaten (Brexit) aus der EU und erst recht die neue Verfassung des Fürstentums Liechtenstein sind leuchtende Beispiele für die Anerkennung des Rechts auf Unabhängigkeit und damit auch auf Sezession. In der EU gilt das Recht auf Sezession oder Austritt und wird respektiert, wie der Fall des BREXIT beweist.

In Liechtenstein ist das Sezessionsrecht der Gemeinden seit der Verfassungsreform von 2003 in der Verfassung verankert. Mit dieser Änderung wurde festgelegt, dass jede Gemeinde das Recht hat, in einer demokratischen Entscheidung über ihren Austritt aus dem Fürstentum zu entscheiden.

Mit der Verfassungsreform wurden die Rechte des Landesfürsten erweitert, aber auch das Selbstbestimmungsrecht der Gemeinden gestärkt, das auch das Recht beinhaltet, das Land zu verlassen, wenn die Mehrheit der Bürger einer Gemeinde dies beschließt.

[vi] Der ehemalige deutsche Außenminister Hans-Dietrich Genscher äußerte sich Anfang der 90er Jahre mehrfach zur Osterweiterung der NATO, insbesondere im Zusammenhang mit der deutschen Wiedervereinigung und den Verhandlungen mit der Sowjetunion. Eine seiner wichtigsten Äußerungen stammt aus dem Jahr 1990, als er der sowjetischen Führung versicherte, dass die NATO im Falle der Wiedervereinigung Deutschlands nicht nach Osten expandieren würde.

Am 2. Februar 1990 erklärte Genscher in einer Rede in Tutzing, Bayern:

"Sicher ist, dass sich die NATO nicht nach Osten ausdehnen wird".

Diese Aussage wurde als Zusicherung an die Sowjetunion interpretiert, dass die NATO nicht über das neu vereinigte Deutschland hinausgehen werde. Diese Position wurde in den damaligen diplomatischen Gesprächen aufgegriffen.

Bei Gesprächen mit dem sowjetischen Außenminister Eduard Schewardnadse betonte Genscher Berichten zufolge auch, dass die NATO nicht näher an die sowjetischen Grenzen heranrücken dürfe, insbesondere nicht nach Osteuropa. Aus freigegebenen Dokumenten ging später hervor, dass westliche Staats- und Regierungschefs, darunter auch Genscher, der sowjetischen Führung ähnliche Botschaften übermittelt hatten, doch wurden diese Erklärungen nie zu rechtlich verbindlichen Verpflichtungen.

[Dieses Narrativ nennt als Beweise die russische Annexion der Krim im Jahr 2014, die Anwesenheit russischer Soldaten und Waffen bei der Einnahme von Regierungsgebäuden und einigen Städten im Donbass durch die Separatisten sowie bei den Gegenangriffen der Provinzen auf die "Anti-Terror-Operationen" der ukrainischen Regierung gegen sie und die frühe russische Anerkennung der beiden unabhängigen Republiken.

Diese Tatsachen beweisen jedoch nur, dass Russland den Unabhängigkeitskampf der Provinzen unterstützte, was später durch den Krieg von 2022 bestätigt wurde, aber nicht im Geringsten, dass die Autonomie- und Abspaltungsbewegung nicht von den beiden Provinzen selbst ausging.

[viii] Ich stelle sie hier in der hervorragenden Zusammenfassung von ChatGPT vor:

"Es gibt mehrere Argumente, die dafürsprechen, dass die Unabhängigkeitsbewegung in Donezk und Luhansk in erster Linie von lokalen Kräften und der Unterstützung der Bevölkerung ausging und nicht eine künstliche Schöpfung Russlands war. Diese Argumente legen nahe, dass der Konflikt zunächst ein innerukrainischer Bürgerkrieg war, bevor Russland später direkter involviert wurde.

1. *Langjährige regionale Identität und sowjetische Nostalgie*

Donezk und Luhansk waren in der Vergangenheit wirtschaftlich und kulturell eng mit Russland verbunden, und die Bevölkerung sprach weitgehend Russisch und identifizierte sich mit dem sowjetischen Erbe.

Viele Einwohner lehnten die nationalistische Politik der Ukraine nach 1991 ab, insbesondere die Bemühungen, der ukrainischen Sprache und Kultur Vorrang vor dem Russischen einzuräumen.

Die Regionen unterstützten mit überwältigender Mehrheit prorussische Politiker wie Viktor Janukowitsch, und sein Sturz in der Maidan-Revolution 2014 wurde als Putsch gegen ihre Interessen empfunden.

2. *Lokale Reaktionen auf die Maidan-Revolution (2014)*

Die Euromaidan-Proteste und der Sturz von Janukowitsch (der aus Donezk stammt) führten in der Ostukraine zu der Befürchtung, dass die neue Regierung eine nationalistische Politik durchsetzen würde, die den Gebrauch der russischen Sprache in Schulen und im öffentlichen Leben ablehnt.

Anfang 2014 brachen im Südosten der Ukraine Proteste aus, mit Demonstrationen in Charkiw, Odessa, Donezk und Luhansk. Dies deutet darauf hin, dass die anfänglichen Unruhen eine lokale Basis hatten und nicht ausschließlich von Russland angezettelt wurden.

3. *Volksabstimmungen in Donezk und Luhansk (Mai 2014)*

In beiden Regionen wurden nicht anerkannte Volksabstimmungen abgehalten, die Berichten zufolge eine hohe Wahlbeteiligung hatten und bei denen angeblich eine Mehrheit für die Unabhängigkeit stimmte. Obwohl westliche und ukrainische Quellen ihre Legitimität bestreiten, deutet die Tatsache, dass solche Abstimmungen stattfanden, zumindest auf ein gewisses Maß an lokaler Initiative hin.

Selbst wenn die russische Unterstützung eine Rolle gespielt haben sollte, schließt dies nicht aus, dass erhebliche Teile der Bevölkerung die Sezession tatsächlich unterstützt haben.

4. *Kämpfe gegen das ukrainische Militär vor einer groß angelegten russischen Intervention*

Vor der groß angelegten russischen Militärhilfe kämpften 2014 lokale Milizen gegen die ukrainischen Streitkräfte.

Die Offensiven des ukrainischen Militärs, vor allem im Sommer 2014, stießen auf den starken Widerstand lokaler Kämpfer, was darauf hindeutet, dass die Bewegung nicht nur von den Russen gelenkt wurde, sondern echte Unterstützung hatte.

Die ukrainische "Anti-Terror-Operation" (ATO) wurde als Kampagne gegen Rebellen innerhalb der Ukraine dargestellt, was den Eindruck verstärkte, dass es sich um einen internen Konflikt handelte.

5. *Vielfalt der rebellischen Führung und Kräfte*

Einige Anführer der Volksrepubliken Donezk und Luhansk (DNR/LNR) hatten Verbindungen zu Russland, andere waren Einheimische, darunter ehemalige ukrainische Sicherheitsbeamte und Aktivisten.

Russische Freiwillige nahmen an den Kämpfen teil, aber auch viele Einheimische, die gegen die Kiewer Autorität waren. Die Anwesenheit einiger russischer Kämpfer bedeutet nicht zwangsläufig, dass der Aufstand ausschließlich unter russischer Führung stattfand.

6. *Die Minsker Vereinbarungen und das Eingeständnis der Ukraine, dass es sich um einen Bürgerkrieg handelt*

In den Minsker Vereinbarungen von 2015, die zwischen der Ukraine und den separatistischen Republiken (unter Vermittlung Russlands, Deutschlands und Frankreichs) ausgehandelt wurden, wurde implizit anerkannt, dass die Donbass-Regionen Konfliktparteien und nicht nur russische Stellvertreter sind.

Hätte die Ukraine den Konflikt ausschließlich als Krieg gegen Russland betrachtet, hätte sie möglicherweise nicht in Verhandlungen eingewilligt, die auch die DNR/LNR-Führung einschließen.

7. *Die internen Spaltungen der Ukraine*

Eine beträchtliche Anzahl von Menschen in der Ostukraine betrachtete die Regierung in Kiew nach 2014 als illegitim, nicht nur wegen der russischen Propaganda, sondern auch aufgrund langjähriger politischer, sprachlicher und wirtschaftlicher Missstände.

Einige ukrainische Politiker (wie Viktor dafürsprechen) befürworteten eine Föderalisierung, was dem Wunsch der lokalen Bevölkerung nach größerer Autonomie bereits vor Kriegsbeginn entsprach.

Schlussfolgerung

Während Russland zweifellos eine wichtige Rolle bei der Unterstützung des Aufstands im Donbass spielte - durch militärische Hilfe, Kämpfer und spätere offizielle Anerkennung - stützt sich das Argument, dass es sich bei dem Konflikt ursprünglich um einen innerukrainischen Bürgerkrieg handelte, auf handfeste Beweise. Die Kombination aus regionaler Identität, Unzufriedenheit mit der Post-Maidan-Regierung, lokalem Widerstand gegen ukrainische Militäroffensiven und frühen separatistischen Aktivitäten vor einer groß angelegten russischen Intervention legt nahe, dass die Bewegung erhebliche interne Wurzeln hatte. Aus dieser Sicht hat Russland den Konflikt nicht ausgelöst, sondern aus einer bereits bestehenden innerukrainischen Spaltung Kapital geschlagen und diese später eskaliert."

[ix] Am 18. März 2014 unterzeichnete Russland offiziell einen Vertrag über die Eingliederung der Krim in die Russische Föderation.

21. März 2014 - Das russische Parlament (Duma) ratifiziert die Annexion formell.